

Die KPL ist eine antikapitalistische Partei: Kapitalismus bedeutet Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Ausbeutung der armen Länder durch die entwickelten kapitalistischen Länder und deren Konzerne, Ausbeutung und Zerstörung der Natur. Im Kapitalismus regiert das Geld. Wer viel Geld hat und Großaktionär von Betrieben ist, hat große Macht und hat die Möglichkeit, die Politik und die Politiker stark in seinem Sinne zu beeinflussen oder zu kaufen.

Die KPL lehnt das ab und will den Kapitalismus, der die ungerechten Verhältnisse immer wieder reproduziert, abschaffen und ihn durch eine Gesellschaftsordnung ersetzen, die für Frieden, soziale Gerechtigkeit, Respekt vor der Natur und wirkliche Demokratie steht. Diese Gesellschaftsordnung nennen wir Sozialismus.

Wie Karl Marx und andere kommunistische Denker ist die KPL der Ansicht, dass die Banken und großen Betriebe zu kollektivem Eigentum werden und unter demokratische Kontrolle gestellt werden müssen. Das heißt, dass nicht eine kleine Gruppe von Aktionären und Managern über Produktion, Arbeitsplätze, Investitionen und Gewinn entscheiden können, sondern die Beschäftigten und deren Gewerkschaften, zusammen mit den gewählten Volksvertretern.

Die KPL ist eine antimilitaristische Friedenspartei: Die KPL lehnt Aufrüstung und Militarisierung generell ab und kritisiert die Regierung, weil sie die von NATO und Europäischer Union geforderte Politik der Aufrüstung unwidersprochen fortsetzt.

Die KPL fordert die Umgestaltung der Armee zu einem zivilen Hilfsdienst (zum Beispiel für Entwicklungshilfe), die Schließung aller Militäranlagen in Luxemburg und den Austritt Luxemburgs aus der NATO. Die KPL tritt für die Abschaffung aller Atomwaffen ein und fordert von der Regierung, den UNO-Vertrag über das Verbot aller Atomwaffen zu unterzeichnen.

Die KPL ist eine soziale Partei: Armut und Arbeitslosigkeit in Luxemburg sind nicht von einem Gott gegeben oder die Folge von Naturkatastrophen, sondern von wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen. Die KPL fordert Arbeit und soziale Absicherung für alle – auch für junge Menschen mit geringer Qualifikation – aber auch die Anhebung des Mindestlohnes um 20 Prozent, Arbeitszeitregelungen, die es allen Beschäftigten

ermöglichen sollen, Beruf, Familie und Freizeit zu vereinbaren und das Recht für Lehrlinge, nach Abschluss ihrer Berufsausbildung im Betrieb eingestellt zu werden.

Für die KPL ist Wohnen ein Grundrecht, weshalb sie sich für den Bau von 50.000 bezahlbaren Mietwohnungen und für eine Spekulationssteuer auf längere Zeit leer stehende Wohnungen und auf nicht genutztes Bauland einsetzt.

Soziale Gerechtigkeit beginnt bei der Bildung: Nach Ansicht der KPL ist Bildung ein Grundrecht und darf kein Privileg sein, weshalb sie die von der Regierung praktizierte Zersplitterung und Privatisierung des Schulsystems ablehnt und für eine öffentliche, laizistische Gesamtschule, eine polytechnische Sekundarschule mit einem dreijährigen „tronc commun“ nach der Grundschule und eine Erhöhung des Bildungsbudgets um 30 Prozent eintritt. Um bessere Sozialprogramme, eine gute Gesundheitsfürsorge für alle und ein Bildungssystem der Chancengleichheit zu finanzieren, sollen die Kapitalsteuern, die seit 1985 von 40 auf 18 Prozent herabgesetzt wurden, deutlich erhöht werden.

Die KPL ist eine demokratische Partei: Für die KPL ist eine Entwicklung hin zu einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaftsordnung nur möglich, wenn sie von der Mehrheit der schaffenden Menschen befürwortet wird.

Die KPL setzt sich kurzfristig ein für die Verankerung der sozialen Menschenrechte, des Rechts auf Arbeit, Bildung und eine Wohnung, der Rechte der Kinder und des Tierschutzes in der Verfassung, die obligatorische Anerkennung des Resultats eines Referendums, die Beseitigung der Einschränkungen beim Streikrecht, die Wählbarkeit aller Staatsfunktionen – einschließlich des Staatsoberhauptes – wirksame Datenschutzbestimmungen und die Abschaffung des Spitzeldienstes.

[www.herpet.net](http://www.herpet.net)



## KPL: Weg vom Kapitalismus

„Für die KPL ist eine Entwicklung hin zu einer demokratischen und sozial gerechten Gesellschaftsordnung nur möglich, wenn sie von der Mehrheit der schaffenden Menschen befürwortet wird.“